

Inflation: Wirkung, Risiken und mögliche Maßnahmen

Konsequenzen für Wirtschaft, gesellschaftliche Solidarität und Stabilität

A: Die Lage

Starke Preissteigerungen lösen auf verschiedenen Ebenen ganz unterschiedliche Effekte aus:

- Unteren Einkommen wird vielfach die wirtschaftliche Balance gesprengt, womit nicht ein Erodieren von "nice-to-have", sondern das der Lebensgrundlage gemeint ist.
- Mittlere Einkommensklassen erfahren Schmälerung liebgewonnener Spielräume, bleiben aber tatsächlich doch meist weit entfernt von Existenzfragen. Gleichwohl dürften Unsicherheit und Sorge um Status, Sicherheit, Altersversorgung u.v.m. zunehmen.
- Obere / oberste Einkommensklassen erfahren natürlich auch Kostenveränderungen, die aber in der praktischen Lebensführung kaum zu Konsequenzen führen dürften. Geringere Zuflüsse zu freien Mitteln sind kaum als Wirkung im o.g. Sinne zu sehen.
- Die Kostenrechnungen von Firmen, Betrieben und Staat leiden natürlich auch.

Um Missverständnisse zu vermeiden:

Differenzierte Einkommen aufgrund unterschiedlicher Gegebenheiten in Bildung, Erfahrung Verantwortung, Motivation in guter Hierarchie u.a. sind in grundsätzlich Ordnung.

Vielleicht müssen zur Anpassung an Realitäten Korridore und Spreizung nachjustiert werden.

B: Denkbare Konsequenzen

Die Problemfolgen zu bekämpfen werden heute Maßnahmen gefordert, die je nach Standpunkt zu fairer Kompensation notwendig sein oder die Wirtschaft in den Abgrund schicken sollen.

Lineare Tarifierhebungen um 10 – 15% beinhalten von beidem etwas: Sie schaffen einerseits Kostensteigerungen, die im gesamtwirtschaftlichen Umfeld für viele Firmen gefährlich sein können, bieten aber nur unzureichende Entlastungen dort, wo sie besonders dringend benötigt werden und in gutem wirtschaftspolitischen Interesse die größte Wirkung entfalten würden.

Ein Mindest-Sockel von € X könnte eine naheliegende Idee sein, wollte man "nur" selektive Lecks unter der Wasserlinie stopfen ohne das gesamte Schiff seefest für stürmische Zeiten zu machen.

Daher muss man Argumentationslinien sauber auseinanderhalten. Alles mit einer zentralen Schraube zu justieren ist bei den individuell sehr unterschiedlichen Gegebenheiten sehr schwierig, aber dennoch:

- "Mind. € 500" mit Inflationsausgleich zu begründen wird schwierig. Erst bei einem Gehalt oberhalb € 5000 würde man sich einer Kompensation von (angenommenen) 10% nähern. Dort sind Lage und Maßnahmen aber immer weniger dringlich. Vgl. Abschnitt (A).
- Darunter würden sich bei € 3.000 16,6% und bei € 2.500 20,0% Steigerung ergeben. Weil i.d.R. nur Teile der Bruttogehälter inflationsbelastet ausgegeben werden steigert sich die prozentuale Steigerung weiter.
- Im oberen Bereich würden im prozentualen Verfahren höhere Zuwendungen entstehen, wo sie zur Vermeidung von Problemen nicht wirklich benötigt werden.
- In Summe entstehen Kosten, die viele Betriebe (und ö.AG) stark überfordern dürften.

Fundamentale wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Ziele in solchen Umbruchzeiten könnte hingegen eine andere Vorgehensweise bedienen.

C: Ein Vorschlag

Konkret: Ein realistisches Budget-Volumen GLEICH auf alle Beschäftigten zu verteilen. Ergebnis:

- Die unteren Gruppen bekämen mehr als ein Almosen und würden ein beruhigendes Stück „von der Kante“ zurückweichen können: Weniger Sorge - und Friedenssicherung ...
- Davon würde das meiste in die Wirtschaft und / oder in private Altersvorsorge fließen, auch würden RV und GKV höhere Zuflüsse unterhalb der Bemessungsgrenzen zufließen. Auch eine Form von "Circular Economy" ...
- Die anderen Gruppen würden abgestuft nicht wirklich leiden, sondern etwas weniger sparen. Aktuell sind freie private Mittel dort am wenigsten wirtschafts-produktiv.
- Es wäre ein politisches Zeichen und würde die allseits beklagte zunehmende Spreizung der Einkommens-Schere zwischen "oben" und "unten" einbremsen und einen wichtigen Beitrag gegen gesellschaftliche Spaltungen leisten: Wir haben ALLE im Blick!

Das würde auch einer evtl. zu beachtenden Gleichbehandlung genügen. Es ist zwar Tradition, aber nirgendwo vorgeschrieben, dass Gehaltsveränderungen nur prozentual erfolgen dürfen.

Klar werden obere Gehaltsstufen meckern, wobei zugleich die besondere Sensibilität gefragt ist: Dort wird (bisher) in der Regel die Marschrichtung maßgeblich beeinflusst!

Auch hier: Zeitenwenden erfordern umfassendes Umdenken bei allen Beteiligten auf allen Ebenen!

Besonders ärgerlich finde ich, wenn sich der Beamtenbund 1:1 der ÖTV-Forderung anschließt: Das Argument eines der Allgemeinheit Dienens, weshalb Staatsbediensteten neben Sicherheit des Arbeitsplatzes, Pensionsregeln und luxuriöser Gesundheitsfürsorge auch regelbasierte Steigerungen zwingend zustehen, kann selbst für fleißigste Beamte nicht gelten.

Im NRW-Landtag gab es 2013 Diskussionen über die Differenzierung von Gehaltsanpassungen im öffentlichen Dienst, weil bei obersten Beamten-Besoldungsstufen aufgrund der Kassenlage eine Anhebung ausgesetzt wurde. Prozesse einzelner Betroffener um Nachzahlungen rechtswidrig vorenthaltener Besoldungsbeträge sind meines Wissens bis heute nicht abgeschlossen.

Partielles "Nichts" mochte noch spitzfindig als Diskriminierung zu argumentieren sein. Durch ein "equal increase" hingegen dürfte sich kein Richter oder Staatsanwalt benachteiligt fühlen. Situationsbegründete Anwendung würde in Tarifwerken geforderte aufgaben- und leistungsgerechte Differenzierungen von Tarif- bzw. Besoldungsstufen nicht aushebeln, wohl aber die beschriebenen volkswirtschaftlichen, gesellschaftspolitischen und sozialen Vorteile wesentlich befördern.

Natürlich berührt solche Gießkanne fundamentale Wertvorstellungen von - man verzeihe mir die überspitzte Gegenüberstellung - "Sozis" und "Bossen". Aber das sind nur Einstellungen und Gewohnheiten, aber schwerlich vertragliche oder gar verfassungsrechtliche Positionen. Alle, Gewerkschaften, Behörden und Unternehmen müssen in ihrem jeweiligen Beritt umdenken und für schwierige Sondersituationen zeitgemäß potentere Kooperationsmodelle entwickeln. Zeitenwende auch da.

Bis heute haben sich durch prozentuale Abläufe die absoluten Niveaus weiter voneinander entfernt als es nach Leistungsentwicklung angemessen und gerecht wäre. Auch beim Staat sind dadurch die oberen und unteren Einkommen (zu) weit auseinandergedriftet. Anlassgesteuerte Systemwechsel könnten generell nicht schaden und auseinander Gedriftetes wieder näher zusammenbringen.

Alle Personen haben sich ihren Job und Arbeitgeber in der Regel selbst ausgesucht. Aber eine wohlfeile Forderung, Leistung und Anstrengung müsse sich wieder lohnen gilt auch für die unteren Gehaltsstufen. Sie wird aber nicht bedient, wenn sich die Dinge "unten" strukturell immer weiter verschlechtern und z.B. keine ergänzende private Altersvorsorge finanziert werden kann.

Insofern hielte ich solche Variante für politisch, wirtschaftlich und ethisch wünschenswert, rechtlich umsetzbar - und den außerordentlichen Anforderungen durch die aktuellen Krisen zuträglich!

Man könnte glatt meinen, die Tarifpartner der Post hätten hier ein bisschen gespinkt 🙄

Chapeau für den Abschluss!!

D: Die Umgebungsbedingungen

Jahrzehntelang haben wir mit wohligem Gruseln in der Tagesschau auf Extrem-Streiks von Lokführern und Bergarbeitern in Großbritannien oder von Landwirten oder Gelbwesten in Frankreich geschaut und uns einiges auf unseren weitgehenden gesellschaftlichen Konsens zugute gehalten.

Der war und ist in Teilen sicher mentalitätsbedingt, zweifellos aber auch der Tatsache geschuldet, dass früher selbst der Postbote vielleicht nur sehr bescheiden, aber auskömmlich und mit Option auf Besserung leben konnten. Das ist für wachsende Bevölkerungsteile immer weniger gegeben, wozu auch politische Eingriffe und (oft unsinnige) Privatisierungen beitragen. Ein Beispiel: Die Post.

Deren Privatisierung führt dazu, dass heute gelbe, grüne und orange Postler in unterschiedlicher Frequenz durch unseren Sprengel fahren. Das Gesamtvolumen ist durch Mail und Online eher gesunken und dann noch aufgeteilt, was jede economy of scale schreddert.

Alle stehen im Wettbewerb, wobei die eigene Position kaum noch über echte Rationalisierungen, sondern nur noch über Lohnkosten und Minijobs beeinflusst werden kann. Alle lesen von aktueller und künftiger Altersarmut – viele erleben das mehr und mehr und fühlen sich davon bedroht.

Gleichzeitig sehen diese Menschen in öffentlich-rechtlichen und "sozialen" Medien, wie nebenan auf dem Vulkan getanzt wird, vielfach unzureichende Moral und Kontrolle herrschen und Politik vom Arbeitsteam zur parteipolitischen Kampfzone mutiert. Politikverdrossenheit sagen die einen.

Wie glauben wir, werden unzufriedene und - zu Recht oder Unrecht - besorgte Bürger darauf bei Wahlen reagieren? Teilweise kann man das erkennen – und nicht alle sind glücklich damit. Glaubt jemand, unsere Welt könne als "Gated Bad Homburg" und "Die Anderen" funktionieren?

Zersplitterung kann nicht das sein, was Deutschland und Europa brauchen.

Ein Scholz'sches Unterhaken aller Stakeholder unseres Gemeinwesens ist heute gefragt. Auch mit der Wirtschaft aus begründetem wirtschaftlichem Eigeninteresse am Erhalt der eigenen Geschäftsgrundlagen über die nächste Quartalsgrenze hinaus.

Vor 30 Jahren wurden Diskussionen, Recycling und Circular Economy zum Erhalt erfolgreicher Geschäftsmodelle "weggedrückt". Heute weiß man, dass man viel früher mit genau dem hätte anfangen sollen, was heute vielfach mit hohem Engagement zum Nutzen von Umwelt und Klima bei guten wirtschaftlichen Aussichten geschieht.

Ohne gemeinsame Basis gibt es auf Dauer keine Märkte, keine Fachkräfte, ausreichende Bildung, funktionierendes Gesundheitswesen, verlässliche Infrastruktur und Verwaltungen mit Justiz u.v.a. Und all das kostet – neben Energiewende, Sicherheit, Klimaschutz.

Lasst uns alle am selben Strick ziehen und nicht wieder zu spät auf Veränderungen reagieren!